

Ein Dossier von BROT FÜR ALLE und FASTENOPFER in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

Entwicklungsbanken und Land Grabbing

Wie öffentliche Gelder Lebensgrundlagen zerstören



BROT FÜR ALLE FASTENOPFER



Land Grabbing in Honduras:
Wo die lokale Bevölkerung früher
Nahrungsmittel anbaute, stehen heute
die Zäune internationaler Konzerne
und Investoren.

Foto: Paul Jeffrey



Dr. Beat Dietschy
ist der Zentralsekretär von Brot für alle.



Antonio Hautle
ist der Direktor von Fastenopfer.

Liebe Leserinnen und Leser,

Land bildet für Millionen von Kleinbäuerinnen und -bauern in Asien, Afrika und Lateinamerika die Existenzgrundlage. Geht dieses Land an multinationale Firmen, ausländische Regierungen und Finanzspekulanten, wird die bäuerliche Landwirtschaft zerstört und die Ernährungssicherheit gefährdet. Land Grabbing, wie dieses Phänomen genannt wird, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. NGOs gehen davon aus, dass seit der Jahrtausendwende rund 200 Millionen Hektar Land in fremde Hände gelangt sind.

Internationale Entwicklungsbanken tragen durch Unterstützung großflächiger Agrarprojekte zum rasant fortschreitenden Land Grabbing bei. So zum Beispiel in Sierra Leone, wo sich das Schweizer Unternehmen Addax Bioenergy 57.000 Hektar Land gesichert hat, um darauf Zuckerrohr für den Export von Agrotreibstoffen in die EU anzubauen. Die Bevölkerung wurde ungenügend an der Beschlussfassung beteiligt. Verschärfungen der lokalen Ernährungssituation und soziale Spannungen sind bis heute die Folge.

Brot für alle und **Fastenopfer** setzen sich gemeinsam mit ihren Südpartnern dafür ein, dass öffentliche Entwicklungsgelder die Fähigkeiten und Handlungsspielräume von Menschen fördern und so deren Existenz sichern. Finanzieren Entwicklungsbanken Landwirtschaftsprojekte, haben diese der einheimischen Bevölkerung zugute zu kommen und eine ökologische und nachhaltige Landwirtschaft zu stärken. Grundlage dieser Forderung sind verbindliche und von allen Parteien gemeinsam vereinbarte Richtlinien, wie sie von der Welternährungsorganisation FAO ausgearbeitet wurden und künftig den Rahmen für Investitionen vorgeben sollen. Nur so kann sichergestellt werden, dass Ackerland Lebensgrundlage der Menschen bleibt.

Mit besten Grüßen

Beat Dietschy Antonio Hautle

- 3 Attraktive Kapitalanlage – und die Folgen**
Ackerland wird zum Spekulationsobjekt – und Entwicklungsbanken tragen dazu bei
Blanca Steinmann
- 6 Dem Unternehmen ausgeliefert**
Die Landnahme durch die Schweizer Firma Addax Bioenergy trifft Gemeinschaften in Sierra Leone hart
Yvan Maillard Ardent
- 9 Goldabbau auf dem Land der B'laan**
Eine geplante Mine gefährdet die indigene Bevölkerung auf den Philippinen
Daniel Hostettler
- 11 Mit öffentlichen Geldern finanziert**
Wenn Entwicklungsbanken Vorhaben unterstützen, die Land Grabbing zur Folge haben
Yvan Maillard Ardent
- 14 Absichtskataloge mit großem Interpretationsspielraum**
Freiwillige Leitlinien verhindern Land Grabbing nur, wenn sie auch umgesetzt werden
Blanca Steinmann
- 16 „Unternehmen und Entwicklungsbanken sind Teil desselben Problems“**
Interview mit Henk Hobbelink, GRAIN
- 18 Initiativen gegen Land Grabbing**
Kampagnen, politische Interventionen und Forderungen
Nicolas Mattmüller

Attraktive Kapitalanlage – und die Folgen

Ackerland wird zum Spekulationsobjekt – und Entwicklungsbanken tragen dazu bei

Foto: Yvan Maillard Ardenti



Diese Zuckerrohr-Erntemaschine kommt auf Agrarland zum Einsatz, das sich das Unternehmen Addax Bioenergy in Sierra Leone mit Unterstützung von Entwicklungsbanken angeeignet hat.

| Blanca Steinmann

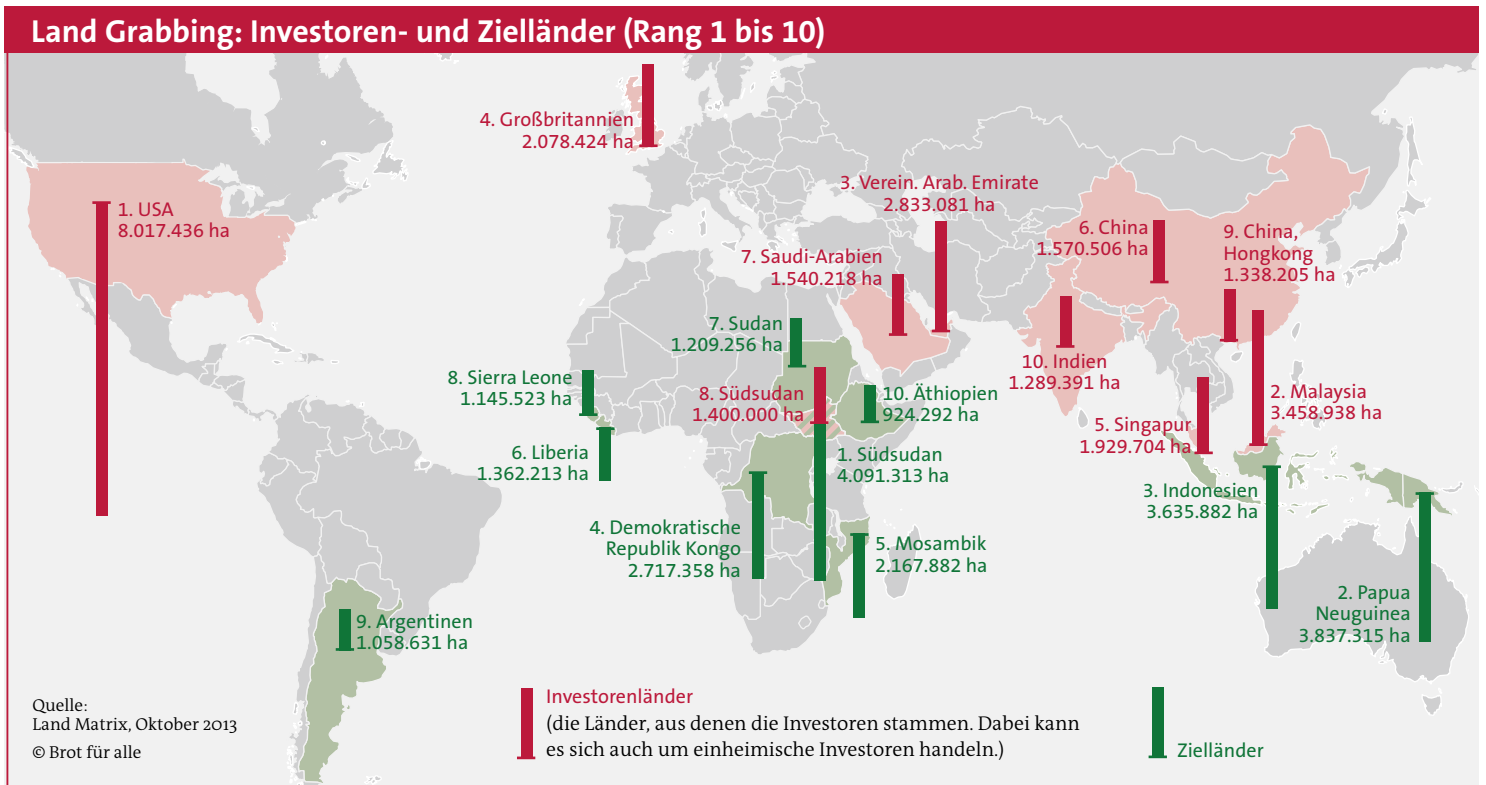
Von Geschäften mit Land versprechen sich Unternehmen und Investoren aus dem Finanzsektor hohe Renditen. Auch die Weltbank und andere Entwicklungsbanken finanzieren Land Deals. Sie reden von „Investitionen für Entwicklung“ und heben hervor, dass die groß angelegten Landwirtschaftsprojekte Arbeit für die Bevölkerung in den armen Ländern schaffen. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Begonnen hat der Wettlauf nach Land nach 2007. In den Jahrzehnten davor spielte Agrarland für Anleger auf den Finanzmärkten kaum eine Rolle. Doch dann weckten die Ernährungskrise und die gleich darauf folgende globale Finanzkrise das Interesse des Finanzsektors. Angesichts von Bevölkerungswachstum, Klimawandel, steigenden Nahrungsmittelpreisen sowie einem erhöhten Bedarf an Agrodiesel erkannte die Finanzwelt, dass der Druck auf die lebensnotwendigen Ressourcen Land und Wasser weiter steigen wird. Sie witterte gute Geschäfte mit hohen Renditen. Investoren sind aber

nicht nur nationale und transnationale Unternehmen aus Europa und Nordamerika sowie aus dem Nahen Osten, Brasilien und Südafrika, sondern auch Privatpersonen. Und Regierungen von Ländern wie China, Indien, Südkorea oder Saudi-Arabien. Sie versuchen, über staatliche Unternehmen und Staatsfonds langfristig den Bedarf an Nahrungsmitteln für die eigene Bevölkerung zu sichern.

| **Ausverkauf der öffentlichen Güter**

Die Investitionen werden in Staaten getätigt, wo Landreserven vorhanden sind, wo kein wirkungsvolles Bodenrecht die kleinbäuerliche Landwirtschaft schützt oder die entspre-



chenden Gesetze mangelhaft umgesetzt werden und wo Regierungen und Behörden schwach oder leicht korrumpierbar sind – also in Schwellen- und Entwicklungsländern in Afrika, Asien und Lateinamerika, aber auch in Papua-Neuguinea und manchen osteuropäischen Staaten.

Die meisten der langfristig gepachteten oder gekauften Ländereien sind für den agroindustriellen Anbau von Pflanzen vorgesehen, aus denen Exportprodukte hergestellt werden: Agrotreibstoff, Futter-, Nahrungs- und Genussmittel. In kleinerem Umfang werden auch Schnittblumen oder Medizinalpflanzen angebaut. Es hat sich in den letzten Jahren aber gezeigt, dass bei weitem nicht alle Investitionen wie angekündigt realisiert werden. Das Land bleibt unbebaut, weil es oft einfach als Spekulationsmasse gekauft wird und dann brach liegt.

Weniger beachtet wird Water Grabbing, das fast immer Hand in Hand mit Land Grabbing geht. Denn viele der langfristig gepachteten und gekauften Böden sind ohne Bewässerungsmöglichkeit nutzlos für die Agroindustrie. In großem Stil investieren transnationale Unternehmen daher in Gebiete mit Flüssen und Grundwasser. Durch diese Privatisierung der Wasserquellen werden die Rechte der lokalen Bevölkerung zusätzlich verletzt.

In manchen betroffenen Ländern verschärfte sich in den letzten Jahren die Landfrage zudem durch großflächig angelegte Mi-

nenprojekte, da sich aufgrund der gestiegenen Nachfrage der Rohstoffabbau nun auch in schlechter erschlossenen Regionen lohnt. Dazu entzieht in manchen Ländern auch Green Grabbing den Kleinbauern Land: große Land- und Waldflächen werden zu Naturparks erklärt und sind ausschließlich der Forschung und dem Tourismus vorbehalten.

| Unvollständige Datenlage

Landtransaktionen sind grundsätzlich intransparent – nicht nur in Entwicklungsländern. Weltweit sollen in der letzten Dekade rund 200 Millionen Hektar Land vergeben worden sein. Davon entfallen angeblich mehr als 120 Millionen Hektar allein auf Afrika. Diese Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen. In manchen Ländern gibt es weder eine transparente Informationspolitik noch festgelegten Verfahren für Entscheidungen in Bezug auf Land. Selbst die offiziellen Angaben eines Staates variieren jeweils stark und geben kaum je die realen Verhältnisse wieder.

Es ist schwierig, auch nur annähernd einen Überblick über die Situation zu gewinnen. Vielversprechend ist deshalb die interaktive Monitoringplattform Land Matrix. Diese Website ist entstanden aus einer Zusammenarbeit der Lobbyorganisation International Land Coalition mit Forschungsinstituten wie dem Zentrum für Entwicklung und Umwelt

der Universität Bern und dem Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien. Seit April 2012 sammelt die Land Matrix weltweit Informationen über „large scale land deals“ von mehr als 200 Hektar. Ein benutzerfreundliches Tool erlaubt Fachleuten und Aktionsgruppen, eigene Informationen über Herkunft und Absicht der Investoren, über den Umfang der Land-Deals sowie den Stand der Umsetzung der Investition (Produktion) einzuspeisen und sie mit Dokumenten zu verlinken. Anfang Oktober 2013 enthielt die Datenbank Informationen über 847 bis dahin formell abgeschlossene Land Deals im Umfang von 32.798.692 Hektar. Zur Veranschaulichung liefert die Website gleich global verständliche Größenvergleiche mit: Die registrierten Transaktionen umfassen mehr als 46 Millionen Fußballfelder – oder knapp die Fläche Deutschlands.

| Unberechenbarer Nutzen für die Bevölkerung

Ein Ende des Runs auf Land ist nicht abzusehen und die Folgen sind vielschichtig. Von Seiten der Investoren – dazu gehören inzwischen auch die Weltbank, zahlreiche Entwicklungsbanken, die Welternährungsorganisation FAO, der UN-Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung IFAD sowie zahlreiche nationale Entwicklungshilfe-Agenturen – wird hervorgehoben, dass die groß angelegten Landwirtschaftsprojekte Arbeit für die Bevölkerung in

den armen Ländern schaffen, dass sie dazu beitragen, die mangelhafte Infrastruktur zu entwickeln und allgemein Produktion und Wirtschaft ankurbeln. Dem gegenüber steht das Risiko, dass die Projekte Armut und Hunger der lokalen Bevölkerung verschärfen, ihre Rechte verletzen und die Umwelt stark schädigen. Und dass sich von selbst eine win-win-Situation zwischen den auf Profit ausgerichteten transnationalen Unternehmen und der lokalen Bevölkerung einstellt, ist eine unrealistische Erwartung. Ebenso unrealistisch, wie die Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte, die korrekte Erhebung von Steuern und Abgaben sowie deren Verteilung an die Bevölkerung vollständig auf die jeweiligen Regierungen abzuwälzen, wie es eine neue Publikation der Weltbank in Bezug auf die afrikanischen Staaten tut.

Allmählich zeichnet sich ein Trend ab, Land wie finanzielle Vermögenswerte zu handeln. Das bedeutet unter anderem, dass Private Equity Funds Land für sieben bis zehn Jahre erwerben und danach möglichst mit Gewinn wieder abstoßen. So listete die Website „The Land Matrix“ Mitte August 2013 für Madagaskar abgeschlossene Land Deals im Umfang von 1.058.308 Hektar auf – lediglich 64.524 Hektar davon wurden bisher produktiv genutzt. Bei einer Nutzung ohne langfristige Perspektive ist die Gefahr groß, dass die Investoren durch den Einsatz von Pestiziden, Düngemitteln und anderen Chemikalien den Boden zerstören.

Wenn Land wie andere Vermögenswerte an- und verkauft wird, ist zu befürchten, dass sich ein dynamischer Markt rund um Agrarland entwickelt, der die Spekulation anheizt und die Landpreise so stark erhöht, dass die lokalen Kleinbauern sie nicht mehr bezahlen können.

Leitlinien und Monitoring

Dieses Problem haben diejenigen, die sich das Land aneignen, nicht. Sie können ihre Geschäfte sogar mit Hilfe öffentlicher Gelder tätigen. Denn immer mehr Entwicklungsbanken – spezialisierte Banken im Besitz von Staatsregierungen – finanzieren landwirtschaftliche Großprojekte, die zu Land Grabbing führen. Das zeigen Studien der beiden Schweizer Organisationen **Brot für alle** und

Fastenopfer sowie Aprovech, dem Verband protestantischer europäischer Entwicklungs- und Hilfsorganisationen. Auch Schweizer und deutsche Gelder sind daran beteiligt. Die Studien beschäftigen sich mit der Rolle der verschiedenen Finanzinstitute. So werden die Weltbank (die weltweit größte Entwicklungsbank), die Afrikanische Entwicklungsbank sowie neun europäische Entwicklungsbanken unter die Lupe genommen (vgl. S. 11-13).

Nachhaltiges soziales und wirtschaftliches Wachstum kann nur erreicht werden, wenn die Rechte von Millionen armer Frauen und Männer besser geschützt werden und ihr Zugang zu Land, Fischgründen und Wäldern verbessert wird. Unterstützen Entwicklungsbanken großflächige Agrarprojekte, müssten Leitlinien beachtet werden, die einen umfassenden Schutz für die ansässige Bevölkerung garantieren. Solche Leitlinien gibt es auch, allerdings ist ihre Befolgung freiwillig und damit unverbindlich: Die FAO hat die „Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests“ formuliert. Erklärtes Ziel dieser Guidelines ist es, Armut und Mangelernährung weltweit zu überwinden und verantwortliche Investitionen zu fördern (siehe Beitrag S. 14-15).

Die Umsetzung der Leitlinien jedoch gestaltet sich schwierig. So seien laut GRAIN, eine der führenden nichtstaatlichen Organisationen im Kampf gegen Land Grabbing, die Richtlinien in verschiedenen Fällen – so etwa von den G8-Staaten – gar dazu verwendet worden, Land Grabbing zu legitimieren (siehe Interview S. 16-17). Probleme kommen oft nur deshalb zur Sprache, weil nichtstaatliche Organisationen den Prozess überwachen. Im Fall der Zuckerrohrplantage von Addax Bioenergy (siehe Artikel S. 6-8), einem von der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) und der Afrikanischen Entwicklungsbank mitfinanzierten Projekt, haben **Brot für alle** und sein Partner SiLNoRF in Sierra Leone viel Zeit und Energie in das Monitoring investiert – und Teilerfolge erzielt. Wichtig ist, dass alle beteiligten UNO-Organisationen und die Zivilgesellschaft sich sowohl für die Umsetzung der Leitlinien einsetzen als auch vor Ort kontinuierlich und zäh Monitoring betreiben. | |

Brot für alle und Fastenopfer

Brot für alle ist die Entwicklungsorganisation der Evangelischen Kirchen der Schweiz. Wir bewegen Menschen zu einer Lebensweise, welche Ausbeutung und Ungerechtigkeit von der Wurzel her bekämpft. In den Ländern des Südens unterstützen wir rund 350 Partner-Projekte, die nachhaltig Hilfe zur Selbsthilfe leisten. In der Schweiz sind wir die entwicklungspolitische Stimme für ethisches Wirtschaften und das Recht auf Nahrung. www.brotfueralle.ch

Fastenopfer ist das Hilfswerk der Katholikinnen und Katholiken in der Schweiz. Wir setzen uns im Norden wie im Süden für eine gerechte Welt ein. Wir rufen zum Teilen auf, damit alle ein menschenwürdiges Leben führen können. In rund 400 Projekten engagieren wir uns gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika gegen die Armut und für die Rechte der Menschen, damit diese ihre Zukunft selber in die Hand nehmen können. www.fastenopfer.ch

Brot für alle und **Fastenopfer** führen in der Schweiz seit über 40 Jahren gemeinsam die Ökumenische Kampagne durch, an der sich jeweils mehr als 1000 Kirchengemeinden und Pfarreien beteiligen. | |

Literatur und Links

Byamugisha, Frank F. K.

Securing Africa's Land for Shared Prosperity. May 2013. <http://elibrary.worldbank.org/content/book/9780821398104>

Fairbairn, Madeleine

„**Like Gold with Yield: Evolving intersections between farmland and finance**“ 2013. Conference Paper #6 for the International Conference Yale University September 14-15, 2013 http://www.yale.edu/agrarianstudies/foodsovereignty/pprs/6_Fairbairn_2013.pdf

www.grain.org

www.landgrab.org

www.landcoalition.org

www.landmatrix.org

<http://terresmalgaches.info/>



Blanca Steinmann

ist Ethnologin und Journalistin und verantwortlich für das Landesprogramm Madagaskar bei Fastenopfer.

Dem Unternehmen ausgeliefert

Die Landnahme durch die Schweizer Firma Addax Bioenergy trifft Gemeinschaften in Sierra Leone hart

| Yvan Maillard Ardent

Entwicklungsbanken finanzieren Projekte mit dem Ziel, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von Regionen voranzutreiben. Dass die Bevölkerung oft weitaus weniger profitiert, als weisgemacht wird, zeigt das Beispiel des Genfer Agrotreibstoffkonzerns Addax Bioenergy in Sierra Leone. Für den Anbau von Bioethanol für den EU-Export hat das Unternehmen 57.000 Hektar Land gepachtet und damit ökologische und soziale Probleme verursacht.

In großen Kreisen ziehen sich die Zuckerrohrplantagen des Genfer Agrotreibstoffunternehmens Addax Bioenergy um das Dorf Romaro im Norden von Sierra Leone. Auf den Feldern, auf denen die Dorfbewohner noch bis vor wenigen Jahren Grundnahrungsmittel wie Cassava und Süsskartoffeln angebaut haben, wachsen jetzt nur noch dickstämmige Zuckerrohrstangen in die Höhe. Die stark wachsenden Zuckerrohrpflanzen umzingeln

Öffentliche Steuergelder für Addax

Addax Bioenergy investiert in das Projekt in Sierra Leone 267 Millionen Euro. Etwa zur Hälfte besteht diese Investition aus öffentlichen Steuergeldern, weil mehrere Entwicklungsbanken das Vorhaben fördern. Unter anderen beteiligt sind die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB), der Emerging Africa Infrastructure Fund (EAIF), die Niederländische Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (FMO) sowie die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG). Die Afrikanische Entwicklungsbank und der Emerging Africa Infrastructure Fund sind Institutionen, die von Deutschland und der Schweiz finanziell unterstützt werden.

Yvan Maillard Ardent

das Dorf regelrecht, so dass es von außen gar nicht mehr sichtbar ist.

Co-finanziert von verschiedenen Entwicklungsbanken wie der African Development Bank oder der Deutschen Entwicklungsgesellschaft DEG, hat Addax Bioenergy 2010 in Sierra Leone, einem der ärmsten Länder der Welt, 57.000 Hektar Land für den Anbau von Zuckerrohr mit dem Ziel gepachtet, Bioethanol für den EU-Markt zu produzieren. Für diese riesige Fläche und die nächsten 50 Jahre hat die Firma drei Abkommen mit den örtlichen Behörden unterzeichnet. Nach Sierra Leonischem Recht agieren die Behörden als Verwalter des Bodens im Auftrag der Landbesitzer und sind befähigt, in deren Namen solche Pachtverträge mit ausländischen Investoren abzuschliessen. Für sie waren die Abkommen attraktiv – erhielten sie von den Investoren doch die Landpachtzinsen, ohne Verluste verzeichnen zu müssen.

An dieser Stelle kommt das Korruptionsrisiko ins Spiel. Gemäss Olivier de Schutter, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, ist Korruption bei Geschäften mit Land grundsätzlich eine große Gefahr. Die in den Abkommen beschlossenen Entschädigungszahlungen bestätigen diesen Eindruck: Jede Behördenebene erhält einen Teil der Zahlungen. So erhält zum Beispiel ein lokaler „Chief“ bis zu 26.000 US-Dollar jährlich. Diese Verteilung sichert dem Unternehmen die sanfte „Zusammenarbeit“ der Behörden: Diese begünstigen ihre eigenen Interessen zu Lasten derjenigen der Landbesitzer. Hinzu kommt, dass Sierra Leone laut dem Ranking von Transparency International ein Land mit hoher und systematischer Korruption ist.

| Viele Versprechen nicht eingelöst

Während des Verhandlungsprozesses hat Addax zahlreiche Meetings mit den Dorfbewohnern organisiert, um diesen das Projekt zu erläutern. Yusef Sankoh aus Maronko fasst zusammen: „Addax und lokale Politiker versprachen uns Arbeitsplätze, Gesundheitseinrichtungen, Schulhäuser, Gemeinschaftszentren, Fach- und Berufsausbildungen, Strassen. All diese Versprechungen haben große Begeisterung entfacht und wir haben ent-

Fotos: Yvan Maillard Ardent



chieden, unser Land aufzugeben. Nun sind wir entmutigt, weil unsere Erwartungen nicht erfüllt worden sind.“ Hinzu kommt, dass die Gemeinden kaum Wissen über die Bestimmungen der Verträge besaßen, die die lokalen Behörden in ihrem Namen unterzeichnet hatten – und die für die nächsten 50 Jahre (mit einer möglichen Verlängerung von 20 zusätzlichen Jahren) gültig sind. Ebenso hatten die Landbesitzer in den Verhandlungen wenig oder überhaupt kein Mitspracherecht, was die Größe ihres zu verpachtenden Landes und/oder die Vergütungen betraf.

267 Millionen Euro investiert Addax, 10.000 Hektar des Landes sind inzwischen bebaut – und die Folgen für die Bevölkerung höchst problematisch. „Seit das Zuckerrohr hier wächst, haben wir so viele Moskitos, dass wir uns gar nicht mehr im Freien aufhalten können“, beklagt sich ein Bewohner von Romaro. Zudem sind die von Addax in Aussicht gestellten Arbeitsplätze weitaus weniger, als von den Dorfbewohnern erwartet. Und: Die Hälfte der Arbeitsstellen sind befristet. „Das



Großes Foto: Blick auf das Addax-Werkgelände in Sierra Leone. **Foto oben:** Ein Addax-Mitarbeiter verstreut Chemie-Dünger auf einem Zuckerrohrfeld in der Nähe des Dorfes Lungui Acre.

Foto links: Unweit dieses Dorfes wird auch das Herbizid Diuron eingesetzt. Es fließt teilweise ins Oberflächenwasser.

soziale Gefüge der Dörfer leidet enorm unter der Situation“, sagt Abbas Kamara vom Sierra Leone Network on the Right to Food (SiLNoRF). Seit 2010 beobachtet die lokale nicht-staatliche Organisation zusammen mit **Brot für alle** das Projekt, beurteilt dessen Auswirkungen und unterstützt die mit Addax im Disput stehenden Gemeinschaften bei der Wahrung ihrer Rechte sowie der Bekämpfung existierender Missstände.

Dank der Hilfe von SiLNoRF konnten 2013 35 Familien mit Landbesitz einen Juristen beiziehen, der ihre Interessen in den Verhandlungen mit Addax Bioenergy vertritt. Die Landbesitzer halten fest, dass seit Beginn sowohl Addax wie auch die lokalen Behörden davon sprachen, dass nur degradiertes und schlecht erschlossenes Land für das Projekt genutzt würde. Doch nun merken die Grundbesitzer, dass die Abkommen das ganze Land – auch fruchtbares und gut bewässertes – umfassen, einschließlich Dörfern, Straßen oder Wäldern. „Es war nie die Absicht der Bauern, ihr gesamtes Gemeindeland an Addax zu verpachten“, sagt Saidu Fullah, ein

Landbesitzer in Mamaria, einem weiteren Dorf, das von den Addax-Plantagen betroffen ist. „Nun aber sind wir dem Unternehmen ausgeliefert, da es bestimmen kann, welchen Boden es besetzen will.“

Zudem beklagen sich die Landbesitzer, dass die von Addax bezahlte Miete pro Hektar bei weitem nicht so viel einbringt, wie sie durch das Aufgeben ihres Besitzes verloren haben. Sie fordern eine Erhöhung der Pacht mit der Begründung, der Betrag sei festgelegt worden, ohne dass man sie berücksichtigt beziehungsweise gefragt hätte.

Ein weiteres Problem für die Gemeinschaften ist die Ernährungssicherung. Um den negativen Auswirkungen der Landnahme für die Grundbesitzer vorzubeugen, hat Addax Bioenergy das so genannte Farmer Development Programme eingeführt: Den Bauern werden Saatgut, Traktoren und Know-how zur Verfügung gestellt mit dem Ziel, die Ernährungssicherung auch mit weniger Land zu gewährleisten.

Diese Unterstützung ist aber auf drei Jahre beschränkt und bislang hat das Programm sein Ziel nicht erreicht: „Die Ernten des letzten Jahres waren schlecht und wir haben nicht genug Reis zu essen in diesem Jahr“, sagt Assaitou Conteh in Lungui Acre. Die Bodenfruchtbarkeit hat aufgrund des wegfallenden Brachlandes abgenommen und in einigen Fällen haben die Addax-Traktoren die Äcker zu spät bewirtschaftet. Hinzu kommt, dass das Programm auf teurem und externem Materialeinsatz (Saatgut, Düngemittel) beruht. „Viel zielführender wäre es, wenn Addax den Bauern zeigen würde, wie sie ihr Land auf biologische Art und Weise bewirtschaften können, zum Beispiel durch den Einsatz von Kompost anstatt teurem Dünger“, meint Abbas Kamara. Das ressourcenintensive und teure Landwirtschaftssystem, das Addax den Bauern aufzeigt, führe nur in weitere Abhängigkeiten.

| Steuerbefreiungen

Nicht nur für die direkt Betroffenen, sondern auch für den Sierra Leonischen Staat ist das Projekt alles andere als lukrativ. Zur Finanzierung von grundlegenden staatlichen Aufga-

Oben: Diskussion mit Bewohnern des Dorfes Mara, das von dem Addax-Projekt betroffen ist.
Mitte: Rechtsanwalt Sonkita Conteh erklärt Landbesitzern die Klauseln des Pachtvertrages.
Unten: Abass Kamara, Projektleiter von SiLNoRF, zeigt Dorfbewohnern in Mara Bilder von einer Reise in die Schweiz.



ben wie dem Bildungs- und Gesundheitswesen bräuchte er eigentlich dringend Geld. Das könnte aus der Besteuerung von Unternehmen wie Addax kommen. Doch die Staatskassen werden in den nächsten Jahren leer bleiben. Kamara: „Die Steuerbefreiungen, die der Staat Addax garantiert, sind absolut problematisch. Wie kann die Regierung solche Steuerfreibeträge gewähren? Damit muss die Firma während der nächsten zehn Jahre 135 Millionen US-Dollar weniger Steuern zahlen.“

Ein vermeintlich positiver Effekt des Addax-Projektes zeigt sich in der Beschäftigungssituation. Das Projekt gibt 2000 Menschen eine Arbeit. Kamara relativiert aber, dass die Hälfte davon Gelegenheitsarbeiter seien. Weiter stellt SiLNoRF fest, dass nur eine kleine Minderheit des Personals von Addax weiblichen Geschlechts ist, weniger als 10 Prozent nämlich. Das größte Aber bezüglich der Beschäftigung ist, dass Addax ursprüng-

lich deutlich mehr Menschen anstellen wollte: Aus den am Anfang 4000 vorgesehenen Arbeitsplätzen wurden rasch nur noch 2000 versprochen.

In Dörfern, die nahe der zukünftigen Ethanol-Fabrik von Addax gelegen sind und wo die Mitarbeiter des Projektes wohnen, hat sich das durchschnittliche Haushaltseinkommen verbessert. Einige Dorfbewohner konnten die Strohdächer ihrer Häuser durch Wellblechdächer ersetzen. Auch gibt es in diesen Ortschaften neue Shops und Restaurants. Das hat jedoch vor allem einen Grund: Die Mitarbeiter von Addax brauchen Einkaufs- und Verpflegungsmöglichkeiten.

| **Schädliche Auswirkungen angehen**

Neben sozialen Problemen bringt das Projekt auch Umweltprobleme mit sich. Der Großeinsatz von Düngemitteln und Pestiziden hinterlässt Spuren: „Wir haben Angst, dass unsere Wasserläufe mit Chemikalien verseucht werden, die Addax ins Wasser leitet“, sagt Saidu Fullha aus Mamaria. Dies wird von SiLNoRF bestätigt. Die NGO hat nahe der Zuckerrohrfelder zwei Wasserproben genommen. Die Stichproben zeigten, dass das Oberflächenwasser durch chemische Düngemittel

phosphatverschmutzt war. Ebenso war das Wasser mit Diuron belastet, einem Unkrautvernichtungsmittel, das in Frankreich verboten ist und in der EU als gefährliche und zu verbietende Substanz beurteilt wird. Ohnehin verursachen die Plantagen mit ihren Bewässerungsanlagen einen enormen Wasserverbrauch; Wasser, das aus dem benachbarten Fluss gepumpt wird.

SiLNoRF-Direktor Abass Kamara fordert dazu auf, die negativen Folgen des Projekts umgehend anzugehen: „Es ist dringend, die Pachtabkommen, die für die Grundbesitzer nicht zufriedenstellende Bestimmungen enthalten, neu auszuhandeln.“ Kamara denkt beispielsweise daran, dass Addax die Höhe der Entschädigung pro Hektar Land oder für abgeholzte Ölpalmen erhöht, weil diese zu niedrig sind und nicht ausreichen, den Verlust des Landes und der Ölpalmen zu kompensieren. Außerdem könnte die Firma zum Abnehmer der Landwirtschaftsprodukte (wie Tomaten, Ananas, Mango, Salat, Kohl) werden und den Leuten damit ein kleines Einkommen bescheren.

Fazit: Das Projekt des Genfer Unternehmens Addax Bioenergy, in Sierra Leone auf Basis von Zuckerrohr Bioethanol zu gewinnen und zu exportieren, hat vor Ort zu Spannungen auf verschiedenen Ebenen geführt und gefährdet die lokale Ernährungssicherheit in hohem Maße. Dass die auf Landnahme beruhende Produktion zu 45 Prozent von Entwicklungsbanken finanziert wird, ist beunruhigend. Die öffentlichen Steuergelder werden in einen „Ausverkauf von Land“, wie Abbas Kamara die Prozesse in seinem Land beurteilt, investiert. Dabei scheint es allein schon problematisch, dass ein Projekt wie das von Addax in einem nicht selbstversorgenden Land mit großer Armut wie Sierra Leone durchgeführt wird. Lokale NGOs wie SiLNoRF erwarten, dass Unternehmen wie Addax zukünftig Wert darauf legen, dass die gesamte Wirtschaft gefördert und die Fähigkeit der Bevölkerung, zu produzieren, gestärkt wird. | |



Yvan Maillard Ardent
ist bei Brot für alle zuständig für die Themen Finanzmärkte, Verschuldung, Korruption.

Fotos: Yvan Maillard Ardent

Goldabbau auf dem Land der B'laan

Eine geplante Mine gefährdet die indigene Bevölkerung auf den Philippinen

| Daniel Hostettler

Der Zuger Konzern Glencore Xstrata bremst sein umstrittenes Minen-Projekt Tampakan auf den Philippinen. Dieser Entscheidung ging Widerstand der Bevölkerung gegen das Projekt voraus und eine unabhängige Folgenabschätzung hatte deutlich gemacht, dass der Bau der Mine die Menschenrechte der Bevölkerung verletzt. Nun überdenkt der Konzern das Vorhaben.

Im August hat Sagittarius Mines Inc. (SMI), eine Tochter des mit Glencore fusionierten Xstrata-Konzerns, bekanntgegeben, dass sie ihre Ausgaben für das Projekt in Tampakan stark verringern wird. Das Unternehmen begründete dies mit „bedeutenden Herausforderungen bei der Entwicklung“ des Projekts. Genannt wurden die fehlende Zustimmung lokaler Bevölkerungsgruppen sowie das Verbot der Regierung der Provinz Süd-Cotabato, eine offene Tagebau-Mine zu betreiben.

In Tampakan sollen die größten Kupfer-Gold-Vorkommen Asiens erschlossen werden. Die Mine bedroht die Lebensgrundlage der Bevölkerung. „Rund 5000 Indigene sollen umgesiedelt werden, ihr angestammtes Land würde zerstört. Die Mine gefährdet die Wasserversorgung von Zehntausenden von Menschen“, sagt Father Joy Pelino, der sich als Leiter des Social Action Center der Diözese Marbel gegen das Projekt wehrt.

Eine von **Fastenopfer**, **Brot für alle** und Misereor diesen Juni veröffentlichte Studie belegt, dass das Tochterunternehmen von Xstrata die Rechte der betroffenen Bevölkerung nicht ausreichend beachtet. Sie zeigt auch: Die Projektregion ist politisch instabil, regelmäßig kam es zu Gewalt mit Todesopfern. Allein im Zeitraum eines Jahres wurden neun Menschen erschossen, zuletzt Ende August ein Anführer des lokalen Widerstands und sein Sohn sowie zur Vergeltung zwei Soldaten.

| Assessment wäre Pflicht

SMI hat bis jetzt keine Abschätzung der Auswirkungen des Projekts auf die Menschenrechte durchgeführt. Eine solche Menschenrechtliche Folgenabschätzung (Human Rights Impact Assessment – HRIA) ist bei einem Projekt von diesen Dimensionen aber unerlässlich: Gemäß den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte des UN-Menschenrechtsrats stehen Unternehmen in der Verantwortung, die Menschenrechte weltweit zu respektieren und im Vorfeld die Auswirkung ihrer Tätigkeiten auf die Menschenrechte abzuklären. Die betroffene Bevölkerung muss die Chancen und Risiken eines Projekts kennen. SMI hat die Bevölkerung, indigene B'laan, jedoch nur sehr mangelhaft informiert. Konsultationsprozesse, wie sie internationale Bestimmungen für indigene Bevölkerungen vorschreiben, hat das Unternehmen nur ungenügend durchgeführt. Für die Betroffenen ist es so unmöglich, die Risiken einer Tagebauminne von dieser Dimension abzuschätzen.

Da Projektpartner direkt betroffen sind, haben **Fastenopfer** und Misereor Deutschland, zusammen mit **Brot für alle**, eine solche Folgenabschätzung beim Institut für Frieden und Entwicklung (INEF) der Universität Duisburg in Auftrag gegeben und im Juni 2013 veröffentlicht. Die Werke schaffen damit Klarheit, wo Menschenrechtsverletzungen drohen.

| Zur Sorgfalt verpflichtet

Eine wichtige Grundlage für die Untersuchung in Tampakan bilden die vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen 2011 verabschiedeten UN-Leitprinzipien. Der erste Teil der Leitprinzipien befasst sich mit den Pflichten der Staaten, die Menschenrechte vor Verstößen durch Unternehmen zu schützen. Im zweiten Teil geht es um die Verantwortung der Unternehmen selbst, die Menschenrechte weltweit zu achten. Und der dritte Teil der Leitprinzipien fasst zusammen, was Staaten und Unternehmen tun sollten, damit Opfer von Menschenrechtsverletzungen



Foto: Bobby Timonera/Fastenopfer

Ein B'laan-Kind auf einer Reis- und Erdnuss-Farm in Tampakan hilft, Unkraut zu rupfen.

Forderungen

Fastenopfer, Misereor und Brot für alle stellen in Bezug auf die Tampakan-Mine vier Mindestforderungen:

Konflikte beilegen

Die philippinische Regierung muss die Konfliktsituation vor Ort entschärfen. Die aktuellen Konflikte müssen beigelegt und in konstruktive Prozesse transformiert werden.

Ökologische Risiken unabhängig überprüfen

Die von Sagittarius Mines Inc. (SMI) durchgeführte Umweltstudie, die ausreichende Vorkehrungen hinsichtlich Unfällen und Verseuchung von Grund- und Flusswasser bescheinigt, muss von unabhängiger Seite überprüft werden, da mehrere Wissenschaftler erhebliche Zweifel an der Methodik aufgeworfen haben.

Korrekte Konsultation

Die Konsultation der indigenen Bevölkerung muss internationalen Standards entsprechen und gewährleisten, dass Entscheidungen wirklich „free, prior and informed“ zustande kommen. Das bedeutet: Die indigene Bevölkerung hat nach Überprüfung aller Information auch die Möglichkeit, sich gegen die Mine zu entscheiden.

Stopp aller Aktivitäten

Bevor diese Forderungen nicht erfüllt sind, muss SMI das Projekt ruhen lassen.

gen durch Unternehmen Zugang erhalten zu Gerichten, zu geeigneten außergerichtlichen Beschwerdemechanismen und zu Wiedergutmachung.

Um ihrer Verantwortung nachzukommen, müssen Unternehmen mit der nötigen Sorgfalt vorgehen. Dieses aus dem Umweltschutz schon lange bekannte Gebot der „due diligence“ wird mit den UN-Leitprinzipien nun auch für die Menschenrechte verbindlich: Ein Unternehmen kann nur dann wissen, ob es die Menschenrechte respektiert, wenn es dies auch systematisch überprüft. Die UN-Leitlinien schlagen deshalb verschiedene Instrumente vor, die es einem Unternehmen erlauben, die Wirkung seiner Tätigkeiten auf die Menschenrechte im Vorfeld abzuschätzen, diese dann regelmäßig zu beobachten und Rechenschaft über die menschenrechtli-

che Wirkung seines Tuns abzulegen. Durch eine solche Folgeabschätzung kann ein Unternehmen ein Projekt entsprechend anpassen – oder fallenlassen, wenn das Potential an schädlicher Wirkung zu groß erscheint.

| SMI ist sich der Gefahren bewusst

Das Assessment der Hilfswerke kommt zum Schluss: Tampakan birgt ein außerordentlich hohes Risiko, die Menschenrechte der betroffenen Bevölkerung zu verletzen. Die Rechte auf Selbstbestimmung, Gesundheit und angemessenen Lebensstandard können durch das Projekt stark beeinträchtigt werden. Eine von SMI in Auftrag gegebene Sozial- und Umweltstudie hatte dies teilweise selber eingeräumt: Die Tampakan-Mine gefährde Menschenleben und verursache Umweltschäden, wenn die Abraumdämme versagen.

Eine vertiefte Kontextanalyse seitens des Unternehmens wäre nötig, die sowohl die Konfliktsituation als auch die Risiken berücksichtigt. Dabei müssen nebst der direkt Betroffenen auch die Menschen miteinbezogen werden, die an den unteren Flussläufen leben. Sie wären bei einer Kontaminierung der Flusssysteme mitbetroffen. Bevor mit den Konsultationen der Bevölkerung begonnen wird, muss von neutraler Stelle ein Mediationsprozess zwischen den Parteien durchgeführt werden, um die aktuellen Konflikte in konstruktive Prozesse zu transformieren. Wenn die Konflikte in der Region nicht entschärft werden, sind die Bedingungen für einen korrekten Konsultationsprozess nicht gegeben. Dieser muss internationalen Standards entsprechen und gewährleisten, dass Entscheidungen der Bevölkerung wirklich „free, prior and informed“ zustande kommen. Ein solcher Konsultationsprozess muss der indigenen Bevölkerung selbstredend auch den Spielraum lassen, sich gegen die Mine zu entscheiden, ohne dadurch den Zugang zu Schulbildung und Gesundheitsvorsorge, die von SMI finanziert werden, wieder zu verlieren. All diese Bedingungen sind bislang nicht oder nur sehr unzureichend erfüllt.

| Schlechte Voraussetzungen für eine Mine

Die Kombination aus staatlichem Versagen, Armut und Marginalisierung der Bevölkerung und bewaffneten Konflikten sind denkbar schlechte Voraussetzungen für die Implementierung einer Tagebauminen von der Dimension des Tampakan-Projekts. Die betroffenen Menschen sind kaum in der Lage, die Auswirkungen eines solchen Projekts richtig einzuschätzen und darauf in einer angemessenen Art zu reagieren. Für **Fastenopfer, Misereor und Brot für alle** ist klar: Die Menschenrechte in Tampakan müssen eingehalten werden, sonst darf diese Mine nicht realisiert werden.

| Die Bedeutung für die Schweiz

Der Fall Tampakan zeigt einmal mehr auf, dass Unternehmen auf freiwilliger Basis zu wenig tun, um ihrer Sorgfaltspflicht nachzukommen. So hat SMI kein Human Rights Impact Assessment durchgeführt, obschon dies die UN-Leitprinzipien, zu denen sich sowohl SMI als auch Xstrata bekennen, verlangen.

Freiwillige Standards allein genügen nicht, vor allem dann nicht, wenn sie von den Unternehmen nicht oder nur ungenügend eingehalten werden. Im Rahmen der Kampagne „Recht ohne Grenzen“ fordern **Fastenopfer und Brot für alle** deshalb die Schweizer Regierung auf, gesetzliche Regulierungen zu erlassen, damit die Sorgfaltspflicht der Unternehmen zum verbindlichen Standard wird. Schweizer Unternehmen müssen die Menschenrechte respektieren, alle und überall auf der Welt. ||

Link zu der Tampakan-Studie von Fastenopfer und Brot für alle:

www.fastenopfer.ch/data/media/dokumente/entwicklungspolitik/soziale_unternehmensverantwortung/menschenrechte_in_tnc/tampakan/study_tampakan_HRIA_engl.pdf



Daniel Hostettler
ist der Fachverantwortliche für Menschenrechte bei Fastenopfer.

Mit öffentlichen Geldern finanziert

Wenn Entwicklungsbanken Vorhaben unterstützen, die Land Grabbing zur Folge haben

| Yvan Maillard Ardent

Immer mehr Entwicklungsbanken finanzieren landwirtschaftliche Großprojekte, die in den betroffenen Ländern zu Land Grabbing führen. Das zeigen Studien von *Brot für alle* und *Fastenopfer* sowie von APRODEV, dem Verband protestantischer europäischer Entwicklungs- und Hilfsorganisationen. Auch aus Deutschland und der Schweiz fließt Geld in solche Projekte. Die beiden Länder sollten sicherstellen, dass Entwicklungsbanken Land Grabbing nicht mit öffentlichen Mitteln unterstützen.

Seit der Ernährungskrise von 2007/2008 und der darauf folgenden Wirtschaftskrise ist die Landwirtschaft verstärkt ins internationale Blickfeld gerückt. Laut der Weltbank leben 75 Prozent der Armen in ländlichen Gebieten – und doch werden nur vier Prozent der offiziellen Entwicklungshilfe in die Landwirtschaft von Entwicklungsländern geleitet. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Investitionen ist heute groß. Zwei Studien von *Brot für alle* und *Fastenopfer* sowie von APRODEV beschäftigen sich mit der Rolle der verschiedenen Finanzinstitute. So werden die Weltbankgruppe, die Afrikanische Entwicklungsbank sowie neun europäische Entwicklungsbanken unter die Lupe genommen.

Studien

Brot für alle und *Fastenopfer*

When Development Cooperation becomes Land Grabbing, The Role of Development Finance Institutions, Oktober 2012

APRODEV

Policy Brief: The Role of European Development Finance Institutions in Land Grabs, Mai 2013



Foto: Deborah W. Campos, World Bank

Weltbank-Zentrale in Washington DC, USA. Die Förderung des privaten Sektors durch die International Finance Corporation der Weltbankgruppe gerät mancherorts zur Förderung von Land Grabbing.

Entwicklungsbanken (EB) sind spezialisierte Banken, die mehrheitlich im Besitz einer oder – im Falle multilateraler Banken wie der Weltbank – mehrerer Staatsregierungen sind. Sie leisten Entwicklungshilfe, indem sie Staaten Kredite, beispielsweise für Infrastrukturprojekte, anbieten, unterstützen aber zunehmend auch den Privatsektor in Entwicklungsländern. Einheimischen oder ausländischen Unternehmen stellen sie Finanzmittel zur Verfügung, entweder als Kapitalbeteiligung oder als Darlehen. Die Unternehmen initiieren oder entwickeln Projekte auch in Ländern, in denen klassische kommerzielle Banken aus verschiedenen Gründen abgeneigt sind, zu investieren. Das Ziel der EB ist es, den privaten Sektor so zu gestalten, dass nachhaltige Entwicklung und Armutsreduzierung möglich ist.

Die Proteste der Zivilgesellschaft gegen mehrere EB-Investitionen zeigen aber, dass oft die Projekte der EB diesem Ziel nicht ge-

recht werden. Regelmäßig wird an ausländische Investoren scheinbar unbrauchbares Land verpachtet oder verkauft, das in Wirklichkeit die Lebensgrundlage für die Gemeinschaften darstellt.

| Verschiedene Formen der Unterstützung von Land Grabbing

Die Entwicklungsbanken unterstützen Landnahme, indem sie Gelder an Landwirtschaftsprojekte vergeben, bei denen sich Unternehmen große Ackerflächen auf zwielichtige Art und Weise unter den Nagel reißen. Teilweise werden solche Projekte direkt finanziert. In gewissen Fällen werden Anlagefonds oder Hedgefonds unterstützt, die ihrerseits Unternehmen Geldmittel für die Aneignung von Ackerflächen zur Verfügung stellen. Dies ist besonders problematisch, weil wenig öffentliche Informationen zu den Projekten vorhanden sind und man sie schwer überwachen kann. Drittens wird Regierung betroffenen Gebiete technische Beratung angeboten, um so ausländischen Investoren den Zugang zum Boden zu erleichtern.



In der äthiopischen Region Gambella wurden Indigene zwangsumgesiedelt, um Land für Investoren freizumachen. Betroffene haben bei der Weltbank Beschwerde dagegen eingelegt. Oben: Versuchsfeld eines Großunternehmers. Mitte: Ein Dorf der indigenen Nuer. Unten: Bagger zum Planieren des Buschlandes.



Fotos: Una Hombrecher



Einige Beispiele:

- Die Weltbankgruppe und die International Finance Corporation

Weltbankintern ist die International Finance Corporation (IFC) dafür zuständig, das Wachstum des privaten Sektors zu fördern und bei der Mobilisierung von Inlands- und Auslandskapital Hilfe zu gewähren. Die IFC berät zusammen mit dem Foreign Investment Advisory Service (FIAS) die Regierungen der Entwicklungsländer. Diese Beratungen führen oft zu behördlichen und legislativen Reformen der Landgesetze, die vor allem ausländischen Investoren den Zugang zu Land erleichtert: zum einen durch Steuerbefreiungen, zum anderen durch die Möglichkeit, größere Flächen kaufen oder pachten zu können, obgleich die lokalen Landbesitzer ihr Land durch diese Deals verlieren. Die Hilfestellungen der IFC unterstützen Land Grabbing also in einem wesentlichen Maße.

In Kambodscha beispielsweise wurde die Regierung von der Weltbankgruppe unterstützt. Das Land Management and Administration Project (LMAP) in einem Gebiet nahe der Hauptstadt Phnom Penh sorgte dafür, dass langjährige Einwohner zu illegalen Hausbesetzern deklariert und kriminalisiert wurden. 2010 stellte ein Inspektionskomitee der Weltbank fest, dass die Durchführung des

LMAP mangelhaft war, worauf die Gelder gestrichen wurden.

In Äthiopien wird die Zahl von an Hunger leidenden Menschen auf 13 Millionen (etwa 15 Prozent der Bevölkerung) geschätzt. Trotzdem gibt die Regierung Millionen Hektar des fruchtbarsten Landes an reiche Länder ab. Sie plant, unterstützt durch ein Weltbank-Programm 1,5 Millionen Einwohner in vier Regionen (Gambella, Afar, Somali und Benishangul-Gumuz) umzusiedeln. Die Idee ist, dass die Einwohner dort eine bessere Infrastruktur zur Verfügung haben. Die große Mehrheit will allerdings nicht umziehen, denn dies hätte den Verlust der Lebensgrundlagen, eine sich verschlechternde Ernährungssituation sowie die ständige Bedrohung durch Streitkräfte zur Folge. In Gambella sind bereits Indigene von ihrem Land vertrieben worden, das dann an ausländische Investoren verpachtet wurde. Von diesen Zwangs-

maßnahmen Betroffene, die jetzt als Flüchtlinge leben, haben beim „Inspection Panel“ der Weltbank dagegen Beschwerde eingelegt.

- Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG)
Die Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG) finanziert das Projekt von Addax Bioenergy in Sierra Leone mit 20 Millionen Euro. Die Afrikanische Entwicklungsbank, die von der Schweiz und Deutschland finanziell unterstützt wird, hat sich am gleichen Projekt mit 25 Millionen Euro beteiligt. So sind sowohl deutsche als auch Schweizer öffentliche Gelder in dieses Landnahme-Projekt involviert (siehe S. 6-8).

- Norfund

Die norwegische Entwicklungsbank (Norwegian Investment Fund for Developing Countries) hat bisher ungefähr 6,4 Millionen Euro in Green Resources investiert. Diese norwegische Firma ist eines der führenden forstwirtschaftlichen Unternehmen in Afrika. Da Abholzung in Afrika ein großes Problem darstellt, versucht Green Resources, die Baumpflanzungsindustrie weiterzuentwickeln. Verschiedenen Quellen zufolge hat das Unternehmen aber den Zugang zu Land von rund 8000 Bauern und Fischern in Tansania und Mosambik eingeschränkt und somit ihre Lebensgrundlage gefährdet. Dies hat zu einer Unzufriedenheit in den betroffenen Gemeinschaften geführt.

Die Kleinbauern müssen profitieren

Dass Investitionen in die Landwirtschaft Afrikas nötig sind, ist unumstritten. Es ist aber ein Irrtum, wenn man glaubt, dass Großinvestitionen das andauernde Problem niedriger Produktivität afrikanischer Landwirtschaft zum Verschwinden bringen werden. Das Rückgrat landwirtschaftlicher Produktion waren und sind kleinbäuerliche und nicht zuletzt weibliche Produzenten. Die Produktivität von kleineren Betrieben lässt sich durch nachhaltige Methoden, wie zum Beispiel biologischen Anbau oder Agroforstwirtschaft, steigern. Die zentrale Herausforderung von heute ist es, nicht nur Ressourcen für landwirtschaftliche Investitionen zu mobilisieren, sondern diese so zu nutzen und zu kanalisieren, dass Kleinbauern davon profitieren können.

Sonderregeln für den Privatsektor?

Der Privatsektor gewinnt in den Programmen der nördlichen Entwicklungsagenturen wieder an Bedeutung. So haben die Fördergelder für den Privatsektor sich in den meisten europäischen Ländern seit 2006 vervielfacht; Spitzenreiter ist Schweden mit einem Faktor sieben. „Leveraging“ heisst die neue Zauberformel, gemäß derer die öffentlichen Entwicklungsgelder als Hebel für Privatinvestitionen wirken sollen. Durch Mittel der Entwicklungshilfe sollen auch Firmen und Wirtschaftssektoren zu Kapital kommen, die bisher kaum Zugang zu den Finanzmärkten hatten.

Ein Ausdruck dieses Trends ist die Expansion der Abteilungen so genannter Entwicklungsbanken, die sich auf private Investitionen konzentrieren. Allerdings sind mit Privatsektor nicht nur die vielen kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) im Süden gemeint, wie eine Studie von Eurodad zeigt. Fast die Hälfte der „Entwicklungsgelder“, die in diesen Sektoren fließen, ging an international agierende Konzerne und nur ein Viertel an heimische Unternehmen. So fragt sich, für wen der Hebel wirken soll – und damit zusammenhängend: Welche Entwicklungswirkungen von solchen Leverage-Projekte ausgehen können und sollen?

In den letzten 20 Jahren war die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit eines der großen Themen – auf internationalem Parkett wie in den Netzwerken von Hilfsorganisationen. Mittlerweile gibt es ein ganzes Set von „guten Praktiken“. Zum Beispiel: Jede Intervention von außen soll sich an den nationalen Prioritäten orientieren (Stichwort Ownership). Oder: Von der Entwick-

Bei den Investitionen des Genfer Unternehmens Addax Bioenergy (vgl. S. 6-8) ist das nicht der Fall. Obwohl Addax im Februar 2013 das Nachhaltigkeitszertifikat des „Runden Tisch für Nachhaltige Agrotreibstoffe“ (RSB) bekommen hat, ist das Projekt noch immer mit vielen Vorwürfen in Bezug auf Landnahme konfrontiert. Eine kürzlich erschienene Analyse von **Brot für alle** dokumentiert, dass das Projekt in Sierra Leone zwar einige

lungszusammenarbeit sollen vor allem die armen und marginalen Schichten profitieren (Targeting). Und über allen Zielen soll das Prinzip des „keinen-Schaden-zufügen“ stehen (do-no-harm).

Die oben genannten Entwicklungsbanken sind kaum in der Lage, die Einhaltung dieser „guten Praktiken“ zu überprüfen. Die Gründe sind mannigfaltig. Erstens sind ihre Kunden im steigenden Maße Geschäftsbanken oder „Private Equity Funds“ (privates Beteiligungskapital), die kaum Rechenschaft ablegen können, was mit dem investierten Geld passiert. Zweitens fehlen weltweit gültige und wirkungsvolle Rechenschaftsinstrumente, die die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards im Sinne des „do-no-harm“ überprüfen. Und drittens sind viele Konzerne in Offshore-Zentren beheimatet, nicht nur um der Steuervermeidung wegen, sondern auch zur Vermeidung von Transparenz und Rechenschaftsablegung. Schlechte Voraussetzungen für Geberagenturen also, die zum Beispiel verhindern wollen, dass mit öffentlichen Geldern private Investitionen in das Land Grabbing getätigt werden. | |



Bruno Stöckli
Finanzexperte und Projektleiter Dialogplattform,
Brot für alle

positive wirtschaftliche Effekte, zum Beispiel auf die Beschäftigungssituation, hat, dass aber die Grundbesitzer über die Vertragsbestimmungen nicht ausreichend informiert wurden, die Frauen zu einem großen Teil nicht vom Projekt profitieren können und dass die Ernährungssicherheit nicht garantiert ist. Diese Auszüge aus den Ergebnissen zeigen, dass die geltenden Richtlinien der Nachhaltigkeitslabels unzureichend sind und zu einer Beschönigung der Tatsachen (Greenwashing) führen. Der „Runde Tisch für Nachhaltige Agrotreibstoffe“ hat Landnahme richtiggehend legitimiert. In Wirklichkeit ist es nicht nachhaltig, wenn ein Unternehmen in Afrika Agrotreibstoffe für den Export produziert, das dafür verwendete Land aber der lokalen Bevölkerung für den Anbau von Nahrungsmitteln fehlt.

Brot für alle, Fastenopfer und APRODEV verurteilen diese Art von Großinvestitionen aus verschiedenen Gründen: wegen der Verletzung von Menschenrechten, fehlender Folgenabschätzung, fehlender Transparenz bei den abgeschlossenen Verträgen, fehlender informierter Zustimmung der betroffenen Bevölkerung sowie ungenügender Beteiligung armer Bauern. Die bestehenden Probleme der Landnahme sind unverzüglich zu lösen – sei es durch die Rückgabe des Landes, durch angemessene Entschädigungen oder durch weitere Maßnahmen zur Wiedergutmachung.

Die beiden Organisationen werden weiter dafür kämpfen, dass öffentliche Gelder nicht in Großprojekte investiert werden, die Land Grabbing zur Folge haben. Die Entwicklungsbanken sollen transparente Politik betreiben, sodass jeder und jede sehen kann, welche Fonds finanziert und welche Projekte von den Fonds und Unterfonds unterstützt werden. Auch muss eine unabhängige Überwachung sowie – für die betroffenen Gemeinschaften – die Möglichkeit von Beschwerden gewährleistet werden.

Schließlich sollten sich die Entwicklungsbanken dazu verpflichten, die finanzierten Unternehmen daran zu hindern, von Steueroasen Gebrauch zu machen – gerade für Investitionen in Ländern, die in Bezug auf ihre eigene Entwicklung dringend auf Steuereinnahmen angewiesen sind (s. Kasten).

Als Mitglieder der Weltbankgruppe, der Afrikanischen Entwicklungsbank oder anderer Entwicklungsbanken haben Länder wie Deutschland oder die Schweiz eine gemeinsame Verantwortung für die Handlungen dieser Institutionen. Deutschland und die Schweiz sollten deren Aktivitäten beobachten und effiziente Mechanismen einrichten, die sicherstellen, dass die Entwicklungsbanken Land Grabbing nicht mit öffentlichen Geldern unterstützen. | |

Literatur

Sierra Leone Network on the Right to Food (SiLNoRF) und Brot für alle

Roundtable on Sustainable Biomaterials (RSB): Inadequate and weak certification process leads to greenwashing. September 2013

Absichtskataloge mit großem Interpretationsraum

Freiwillige Leitlinien verhindern Land Grabbing nur, wenn sie auch umgesetzt werden

| Blanca Steinmann

Unterstützen Entwicklungsbanken großflächige Agrarprojekte, müssen Leitlinien beachtet werden, die zumindest einen minimalen Schutz für die ansässige Bevölkerung garantieren. Bislang haben zwei internationale Initiativen auf die zunehmende Kritik von Farmern und Bauernorganisationen sowie den Aufruf „Stop Land Grabbing“ von Grain, Via Campesina und andern Organisationen reagiert.

2009 initiierte die Weltbank aufgrund der zunehmenden Kritik an den Auswirkungen von Land Grabbing in zwanzig Ländern die Studie „Large Scale Acquisition of Land Rights for Agricultural for Natural Resource-based Use“. Auf deren Resultaten basierend, präsentierten die Weltbank, FAO, IFAD und UNCTAD im Januar 2010 gemeinsam eine Reihe von Leitlinien für verantwortungsvolle Investitionen in die Landwirtschaft präsentiert, die sogenannten RAI-Prinzipien.

Diese Prinzipien wurden jedoch von nichtstaatlichen Organisationen wie Via Campesina, Grain, Fian international und dem Land Research and Action Network zurückgewiesen. In ihrem Positionspapier vom Oktober 2010 argumentieren sie, dass die Prinzipien ausschließlich die Sicht der großen Investoren aufnehmen und „ein Versuch sind, zu legitimieren, was völlig unakzeptabel ist: eine langfristige Übernahme von kleinbäuerlichem Besitz durch nationale und ausländische Unternehmen“. Weiter kritisieren sie, dass die Prinzipien ohne Einbezug von Regierungen armer Länder oder von Betroffenen – Bäuerinnen und Bauern, indigenen Völkern, Fischer- und Viehzüchterfamilien – entwickelt wurden. Auch fehle es an einer Einbettung in einen institutionellen Rahmen mit klaren Abläufen, Entscheidungsprozessen und Rechenschaftspflicht.

Eine erneuerte Fassung der RAI-Prinzipien, die die Bäuerinnen und Bauern als wichtige Investoren anerkennen sollen, wird

vom FAO-Komitee für Ernährungssicherheit erarbeitet und soll 2014 verabschiedet werden.

| Die freiwilligen Leitlinien der FAO

Eine Verbesserung aus Sicht der Entwicklungsorganisationen stellen die „Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests“ dar – freiwillige Leitlinien für eine verantwortliche Verwaltung und Nutzung von Land, Fischgründen und Wäldern. Diese Leitlinien wurden von dem UNO-Welternährungsausschuss CFS entwickelt. Der CFS ist verbunden mit der Welternährungsorganisation FAO und wurde nach der Ernährungskrise in den 1970er Jahren gegründet, um die Ernährungssituation weltweit zu beobachten. Weltbank, regionale Entwicklungsbanken und die Welthandelsorganisation sind Mitglieder des Ausschusses.

In einem intensiven Prozess organisierte der CFS vom September 2009 bis November 2010 verschiedene konsultative Treffen: zehn regionale, eines mit dem privaten Sektor und vier für Organisationen der Zivilgesellschaft, die Kleinbauernfamilien, Fischer- und Viehzüchterfamilien, Landlose, städtische Arme, Landarbeiter, Frauen, junge Konsumenten oder indigene Völker vertraten. Insgesamt nahmen mehr als 1000 Personen aus 130 Ländern daran teil. Daraus entstand ein erster Entwurf für Leitlinien, der auf elektronischem Weg kommentiert werden konnte. Organisationen der Zivilgesellschaft waren wiederum eingeladen, sich zu beteiligen. Im Juli und Oktober 2011 sowie im März 2012 verhandelte CFS mit den Regierungen den endgültigen Text.

In dessen ersten Teil wird das Ziel der Leitlinien formuliert: Es geht darum, Armut und Mangelernährung weltweit zu überwinden

Ein Bauer in Honduras: Der weltweite Ausverkauf von Land zerstört die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen. Land, Fischgründe und Wälder müssen verantwortlich genutzt werden.

und verantwortungsvolle Investitionen zu fördern. Dieses nachhaltige soziale und wirtschaftliche Wachstum könne nur erreicht werden, wenn die Rechte Millionen armer Frauen und Männer besser geschützt werden und ihr Zugang zu Land, Fischgründen und Wäldern verbessert wird.

Der zweite Teil ruft die Staaten auf, die legitimen – auch traditionellen – Gebietsansprüche ihrer Bevölkerung zu schützen und gewaltsame Konflikte und Korruption zu vermeiden. Dazu kommen zehn Prinzipien für die Umsetzung der Leitlinien allgemein. Sie beziehen sich auf bestehende Menschenrechtsstandards und andere völkerrechtliche Instrumente: Wahrung der Menschenwürde, keine Diskriminierung, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung der Geschlechter, ganzheitlicher und nachhaltiger Ansatz, Mitspracherecht und Partizipation aller, Gesetzeskonformität, Transparenz, Rechenschaftspflicht und kontinuierliche Verbesserung der Abläufe. Es folgen Vorschläge und „best practices“ für den Umgang mit Land. Teil sieben schließlich befasst sich mit Umsetzung, Monitoring und Evaluation der Leitlinien.

Foto: Paul Jeffrey



tionsspielraum

Bei der 38. Sitzung des CFS im Mai 2012 in Rom haben 124 Mitgliedsstaaten die Leitlinien einstimmig angenommen. Damit verbunden ist eine Selbstverpflichtung, sie in den eigenen Ländern zu implementieren. Carolin Callenius, Verantwortliche für Landfragen beim deutschen Hilfswerk Brot für die Welt, weist darauf hin, dass erst wenn die FAO-Landleitlinien in der Praxis umgesetzt würden, wirklich etwas gewonnen sei. „Um die Leitlinien bekannt zu machen und Regierungen bei der Umsetzung zu helfen, ist gemeinschaftliche Anstrengung der Staatengemeinschaft erforderlich. Bei der Entwicklung von Strategien vor Ort muss aber vor allem die Zivilgesellschaft mit am Tisch sitzen“, so Callenius.

| Gefahr der Instrumentalisierung

Die Freiwilligkeit der Leitlinien könnte als Schwachpunkt gesehen werden – sie hat aber den Vorteil, dass diese rascher als bindende Abkommen von den Staaten übernommen werden können. Ein weiterer Vorteil ist, dass sie auf bestehenden Menschenrechtsverpflichtungen basieren, die die internationale Staatengemeinschaft, die einzelnen Staaten

und der private Sektor bereits akzeptiert haben. Was den privaten Sektor betrifft, zählen die „UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ momentan zu dem im Menschrechtssystem am weitesten anerkannten Instrument, um Wirtschaft und Menschenrechte in Einklang zu bringen. Die Landleitlinien könnten sie ergänzen und stärken. Die FAO hat bei ähnlichen Leitlinien zudem festgestellt, dass diese Instrumente trotz der Freiwilligkeit einen positiven Einfluss auf neue nationale Gesetze haben.

Gut ein Jahr nach der Anerkennung der Leitlinien ist es noch nicht möglich, Bilanz zu ziehen. Erfreulich ist, dass es dem CFS gelungen ist, innerhalb kurzer Zeit so viele Mitgliedstaaten auf einen gemeinsamen Absichtskatalog zu verpflichten, der bei Verhandlungen mit Investoren und der Zivilgesellschaft als Referenzrahmen dienen kann.

Dennoch ist davon auszugehen, dass in vielen Staaten der Interpretationsspielraum weiterhin zugunsten der Machthaber ausgeschöpft wird. Als prominentestes Beispiel ist hier die „Neue Allianz“ der G8-Staaten, afrikanischen Regierungen und Agrarkonzernen wie Monsanto und Syngenta zu nennen. Die Initiative wurde dazu auserkoren, die FAO-Richtlinien erstmals zu implementieren. De facto wird die Neue Allianz von zahlreichen NGOs stark kritisiert: Sie diene in erster Linie dazu, den Agrarkonzernen Zugang zu afrikanischem Boden zu schaffen und Märkte für Saatgut und Pestizide zu erschließen. „Damit wurden die FAO-Richtlinien zum Steigbügelhalter von Land Grabbing“, kritisiert Henk Hobbelink von der internationalen Zivilgesellschaftsorganisation GRAIN (vgl. S. 16-17). Und dies sei nicht das einzige Beispiel, bei dem die FAO-Richtlinien dazu verwendet wurden, Land Grabbing zu legitimieren.

So etwa im Zusammenhang mit Investitionen verschiedener Development Finance Institutions (DFI), die in Projekte verwickelt sind, welche Anzeichen von Landnahme oder zumindest ein Potenzial dafür vorweisen. Es scheint, als wären diese Institutionen sich des Risikos, zur Landnahme beizutragen,

nicht bewusst. Dazu gehört, dass die Websites der DFI die freiwilligen Leitlinien der FAO nicht erwähnen.

| Lokales Monitoring notwendig

Die Probleme kommen oft nur deshalb zur Sprache, weil nichtstaatliche Organisationen den Prozess überwachen. Im Fall Addax Bioenergy (siehe S. 6-8) haben **Brot für alle** und sein Partner SiLNoRF in Sierra Leone viel Zeit und Energie in das Monitoring investiert. Immerhin ist bei dem Unternehmen eine gewisse Dialogbereitschaft mit den NGOs vorhanden. „Unsere Erfahrung zeigt, dass ein gutes Monitoring unabdingbar ist und über Jahre hinweg gemacht werden muss. Ansonsten bleiben Leitlinien Papiertiger, die allenfalls dem ‚white-washing‘ von Investoren dienen“, so Miges Baumann, entwicklungspolitischer Leiter von **Brot für alle**. Wie groß die Herausforderung an das Monitoring ist, verdeutlicht die Tatsache, dass der „Runde Tisch für nachhaltige Agrotreibstoffe“ mit Sitz in Genf das Projekt von Addax Anfang 2013 zertifiziert hat. Für den Entschluss wurden nur wenige Tage vor Ort aufgewendet und die kritischen Kommentare von **Brot für alle** nicht aufgenommen.

Wichtig scheint es daher, dass alle beteiligten UNO-Organisationen und die Zivilgesellschaft sich sowohl für die Umsetzung als auch für notwendige Erweiterungen der Leitlinien einsetzen und vor allem das Monitoring zum Wohle der Bevölkerung vor Ort kontinuierlich, kompetent und hartnäckig wahrnehmen. ||

Literatur und Links

Brot für alle / Fastenopfer

When Development Cooperation becomes Land Grabbing. The Role of Development Finance Institutions. 2012

www.fastenopfer.ch/entwicklungsbanken

www.fao.org/nr/tenure/voluntary-guidelines/en/
www.bmz.de/de/publikationen/reihen/strategiepa-piere/Strategiepapier316_2_2012.pdf

www.deza.admin.ch/de/Home/Aktuell/News_Detailansicht?itemId=214736

www.fiandeuropa.de/online/index

php?option=com_remository&Itemid=160&func=st artdown&id=563



„Unternehmen und Entwicklungsbanken sind Teil desselben Problems“

Interview mit Henk Hobbelink, GRAIN

GRAIN, eine Partnerorganisation von Brot für alle, entstand 1990 aus der europäischen Saatgut-Kampagne. Inzwischen ist die kleine Organisation dank der einzigartigen Kombination von lokaler Zusammenarbeit und internationaler Analyse zu einer Referenz für Fragen rund um die Nahrungssouveränität und im Kampf gegen die zunehmende Macht von Agrarindustrie und Landspekulanten geworden. Für ihre Arbeit hat GRAIN am 5. Dezember 2011 den Alternativen Friedensnobelpreis erhalten.

GRAIN ist eine der führenden NGOs im Kampf gegen großflächige Agrarinvestitionen. Wieso wehren Sie sich so stark gegen diese Art der Investitionen, die viele andere als wichtigen Entwicklungsschritt betrachten?

Wir beobachten die Entwicklungen dieser so genannten Agrarinvestitionen seit einigen Jahren und kritisieren sie stark. Eigentlich ist das Wort Investition in diesem Zusammenhang falsch. Denn in den wenigsten Fällen geht es effektiv um Investitionen in die Landwirtschaft, die der lokalen Bevölkerung helfen würden, ihr Land besser zu bearbeiten. Vielmehr geht es meist um Unternehmen, die sich so Zugang zu und die Kontrolle über Land sichern, um dann für den Weltmarkt zu produzieren. Wir arbeiten in vielen Ländern direkt mit lokalen Partnern zusammen. Die Auswirkungen dieser Großinvestitionen sind überall ähnlich: Die lokale Bevölkerung verliert den Zugang zu Land und damit ihre Lebensgrundlage und die Armut wird zusätzlich verschärft. Das nenne ich nicht Entwicklung – das ist gegen jegliche Entwicklung.

Hinzu kommt, dass diese Investoren eine Landwirtschaft vorantreiben, die alles andere als nachhaltig ist. Sie investieren in eine hoch industrialisierte Landwirtschaft, die unter enormer Verschwendung von Ressourcen und mit hohem Pestizideinsatz produziert. Dies hat nichts zu tun mit einer Landwirtschaft, die die lokalen Bauern und Bäuerinnen stärkt und die Ernährungssouveränität fördert.



Foto: ZVG

Selber als Bauernsohn in Holland aufgewachsen, gehörte der studierte Agronom Henk Hobbelink 1990 zu den Mitbegründern von GRAIN. Heute wohnt er in Barcelona, von wo aus er die Arbeit von GRAIN koordiniert. www.grain.org

Von wie viel Land sprechen wir bei diesen Großinvestitionen?

Es sind zahlreiche unterschiedliche Zahlen im Umlauf. Häufig wird von 50 bis 90 Millionen Hektar gesprochen, die in den letzten vier bis fünf Jahren in andere Hände übergegangen sind. Nur um eine Vorstellung zu erhalten: Die Fläche ist so groß wie rund die Hälfte der gesamten Agrarfläche der EU. Ein Großteil dieser „Land Grabbing“-Projekte betrifft Afrika.

Doch wieso befürworten auch Institutionen wie die Weltbank, die FAO und die UNCTAD diese Investitionen als entwicklungsfördernd?

Die Landwirtschaft wurde von Entwicklungsorganisationen lange Zeit vernachlässigt, was die globale Hungersituation zusätzlich verschärft hat. Und nun fließen plötzlich enorme Geldsummen in den Agrarsektor. Die internationalen Institutionen fördern dies, ohne zu hinterfragen, welche Art der Landwirtschaft sie damit unterstützen und wem sie damit die Kontrolle über die

Welternährung geben. Sie glauben, dass sie mit Richtlinien, Gesetzen und Dialogen eine Situation schaffen können, in der diese Landnahmen auf eine verantwortungsvolle Art und Weise geschehen. Doch unsere Erfahrung zeigt eindeutig, dass dem nicht so ist.

Die FAO hat ja erst kürzlich die „freiwilligen Leitlinien für einen verantwortliche Verwaltung und Nutzung von Land, Fischgründen und Wäldern“ geschaffen – und zwar in einem breit angelegten Prozess. Hat GRAIN bereits Erfahrungen mit diesen Richtlinien gemacht?

Die Richtlinien wurden in der Tat in einem sehr inklusiven Prozess mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen erarbeitet und der Text ist stellenweise auch sehr gut. Das große Problem ist, wie diese Richtlinien genutzt werden. Wir haben bereits verschiedene Fälle beobachtet, in denen die Guidelines dazu benutzt wurden, „Land Grabbing“ zu legitimieren. Ein Beispiel ist die „Neue Allianz für Nahrungssicherheit“, die die G8-Staaten, afrikanische Regierungen und Agrarkonzerne im Mai 2012 ins Leben gerufen haben. Diese G8-Initiative wurde dazu auserkoren, die FAO-Richtlinien erstmalig zu implementieren. Durch Investitionen der Privatwirtschaft in den Agrarsektor will die Allianz in den nächsten zehn Jahren 50 Millionen Menschen aus der Armut be-

„Entwicklungsbanken und auch viele Entwicklungsorganisationen verfolgen den falschen Ansatz.“

freien. Aus unserer Sicht dient sie jedoch lediglich dazu, Land Grabbing offiziell zu machen: Konzerne wie Monsanto und Syngenta erhalten dadurch Zugang zu afrikanischem Land und können ihren Absatz von kommerziellem Saatgut, Düngern und Pestiziden vergrößern. Die FAO-Richtlinien

werden hier also als Steigbügelhalter von Landnahmen instrumentalisiert.

Ist das ein Einzelfall?

Keineswegs. Wir haben dasselbe auch an anderen Orten beobachtet, beispielsweise in Mosambik. Dort läuft derzeit ein Land

Henk Hobblink und Vertreterinnen der Organisation GRAIN im Gespräch mit einer argentinischen Bäuerin (vorne im Bild). Gemeinsam mit anderen hat sie Land besetzt, um Nahrungsmittel für die Familie anzubauen.

Grabbing-Deal großen Ausmaßes. Und auch hier sagt die Regierung, dass ein Teil des Prozesses darin bestünde, die FAO-Richtlinien umzusetzen. Doch wir sehen, dass viele Gruppen, die sich für eine Ernährungssouveränität auf lokaler Ebene einsetzen, von ihren Regierungen ignoriert, unter Druck gesetzt oder sogar mit Gewalt zum Schweigen gebracht werden. Dieser lokale Kampf ist aber oftmals wenig sichtbar, denn der internationale Diskurs wird von internationalen Organisationen dominiert.

Auch zahlreiche Entwicklungsbanken investieren beträchtliche Geldsummen in Landwirtschaftsprojekte. Was halten Sie davon?

Es spielt überhaupt keine Rolle, ob Unternehmen oder Entwicklungsbanken diese Investitionen im großen Stil tätigen. Sie sind Teil desselben Problems. Entwicklungsbanken und auch viele Entwicklungsorganisationen verfolgen den falschen Ansatz. Sie verfügen über viel Geld und fragen sich, wo und wie sie diese immensen Summen investieren können. Dabei müssten sie von den Bedürfnissen der lokalen Gemeinschaften ausgehen. „Welche Form von Landwirtschaft wollen wir fördern, welche Unterstützung brauchen lokale Landwirtschaftsorganisationen, welche Landwirtschaftspolitik ist nötig, um die Ernährungssouveränität zu stärken?“ Solche Fragen müssten die Entwicklungsorganisationen und -banken stellen und daraus ihre Folgerungen für die Verteilung der Gelder ziehen.

Seit der Gründung von GRAIN im Jahr 1990 hat sich die Welt dramatisch verändert. Wo sehen Sie die wichtigsten Trends im Bereich der Ernährungssicherheit – im Guten wie im Schlechten?

Unsere eigene Geschichte zeigt wohl am besten, was sich in den vergangenen 20 Jahren in diesem Bereich getan hat. Unser erstes Anliegen war die Diversität von Saatgut. In den 1980er Jahren hat die „Grüne Revolution“ die lokale Saatgutdiversität zerstört. Für uns war das traditionelle Saatgut zentral für das Überleben der Kultur, der Biodiversität und letztlich der Bauern. Mit der Zeit haben wir dazugelernt und erkannt, dass es nicht



Foto: GRAIN

nur um Saatgutdiversität und Ernährungssouveränität geht. Die lokale Landwirtschaft wird immer stärker marginalisiert – das ist das zentrale Problem hinter allem. Sie gerät unter Druck durch die Agrarindustrie, die Finanzindustrie, die Lebensmittelindustrie. Dieser Prozess ist in den letzten 20 Jahren in einem gewaltigen Tempo fortgeschritten.

Erfreulicherweise ist auch die globale Gegenbewegung ganzheitlicher geworden. Die Interaktion zwischen den verschiedenen Gruppierungen ist heute groß und das Thema „Ernährungssicherheit“ bei vielen im Blick: Umweltorganisationen und Energie-NGOs beschäftigen sich mit der Nahrungsmittelproduktion, in den Städten sind die „Urban Farmers“ auf dem Vormarsch und auch Jugendbewegungen sind auf den Zug aufgesprungen. Es ist an der Zeit, dass die Ernährungsfrage zu einem zentralen globalen Thema wird. Es geht dabei um nichts weniger als um die Frage, welches Ernährungssystem wir wollen.

Die größte Herausforderung für die Zukunft wird es sein, den galoppierenden Aufkauf von Wasser, Land, Saatgut und die Übernahme des Ernährungssektors durch Investoren und die Industrie zu stoppen. Vieles, was jahrhundertlang Allgemeingut war, wird heute privatisiert. Es muss wieder ein Ernährungssystem entstehen, das nachhaltiger ist,

ökologischer und näher bei den Menschen. Dafür werden wir weiterkämpfen.

Wo sehen Sie die Lösung für eine globale Ernährungssicherung?

Eine effektive Lösung muss bei den Bedürfnissen der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, der Fischerfamilien und Hirtenvölker ansetzen und ihr Wissen zu Landwirtschaft miteinbeziehen. Landwirtschaftspolitik und Entwicklungsorganisationen müssen darauf hinarbeiten, dass die lokale Ernährungssicherung gestärkt und die Ernährungssouveränität gefördert wird. Ein solches Vorgehen hätte natürlich klare Auswirkungen auf Landrechtsfragen und auf die nationale und globale Landwirtschafts- und Handelspolitik. Die Kontrolle über die Produktion landwirtschaftlicher Güter gehört nicht in die Hände von einigen wenigen internationalen Konzernen. Es sind die lokalen Bauern und Bäuerinnen, die die Ernährung weltweit sicherstellen sollten. | |

Interview: Pascale Schnyder, Brot für alle

Kurzfristiger Rückzieher der Gegenseite

Dieses Interview war eigentlich als Streitgespräch mit einem Vertreter der niederländischen Rabobank geplant. Sie hat ihre Zusage jedoch einen Tag vor dem Gespräch zurückgezogen. Die Rabobank ist mit Tätigkeiten in 45 Ländern und Vermögenswerten von rund 800 Milliarden US-Dollar eine der größten Privatbanken weltweit und gehört zu den führenden Finanzinstituten in den Bereichen Lebensmittel- und Agrarindustrie.

Initiativen gegen Land Grabbing

Kampagnen, politische Interventionen und Forderungen

| Nicolas Mattmüller

Die Hauptrolle beim Kampf gegen Land Grabbing in der Schweiz spielen kirchliche Hilfswerke. So drehte sich dieses Jahr die ökumenische Kampagne der katholischen, reformierten und christkatholischen Kirchen um das Thema. Aber auch auf europäischer Ebene engagieren sich NGOs gegen Land Grabbing. Wie stark der Fokus auf Entwicklungsbanken gelegt wird, ist unterschiedlich.

Brot für alle und Fastenopfer gehören in der Schweiz zu den führenden Stimmen, wenn es um die Thematisierung von Land Grabbing geht. Neben der Beobachtung von entsprechenden Großprojekten und der Stärkung ihrer lokalen Partner im Kampf gegen die Landnahme sensibilisieren die beiden Werke in der Schweiz für die Problematik. So haben sie unter anderem eine Studie zu Entwicklungsbanken und Land Grabbing herausgegeben. Mitgewirkt hat **Brot für alle** zudem an einer Studie von APRODEV, dem Verband protestantischer europäischer Entwicklungs- und Hilfsorganisationen, die die Rolle der europäischen Entwicklungsbanken in Bezug auf Land Grabbing beleuchten (siehe S. 11-13).

Die beiden Schweizer Hilfswerke verlangen Anpassungen auf drei Ebenen: Erstens muss sichergestellt werden, dass kein Schweizer (Steuer-)Geld für Land Grabbing-Projekte verwendet wird. Öffentliche Gelder, die an Entwicklungsbanken gehen, müssen dieselben strengen Kriterien erfüllen, wie sie die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) an die privaten Schweizer Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit stellt.

Zweitens müssen im Falle der Unterstützung großflächiger Agrarprojekte durch Entwicklungsbanken zwingend die Standards der UN-Ernährungsorganisation FAO eingehalten werden: freiwillige Richtlinien für eine verantwortliche Verwaltung und Nutzung von Land, Fischgründen und Wäldern (siehe S. 14-15). So geht es nicht an, dass zum Beispiel indigene Stämme durch die



Ein Plakat der ökumenischen Kampagne in der Schweiz gegen Land Grabbing.

Landnahme ausländischer Investoren oder Unternehmen vertrieben werden. Privatisierung darf auch nicht dazu führen, dass die Investoren mit dem Land zugleich exklusive Rechte über öffentliche Güter (neben Land vor allem Wasser) erhalten.

Drittens ist bei Landprojekten und Landverträgen maximale Transparenz erforderlich. Nur wenn diese gegeben ist, kann das Vorgehen von Investoren und Agroindustriellen überprüft werden. Dies gilt insbesondere für Entwicklungsbanken. Ihre Finanzierungskanäle über Fonds und Unterfonds können zurzeit nicht überprüft werden.

| Aufforderung an den Bundesrat

Eine, die sich für diese Forderungen stark macht, ist die **Brot für alle**-Stiftungsrätin Maja Ingold. Die Parlamentarierin und Vertreterin der Evangelischen Volkspartei (EVP) setzt sich in Bern für christliche Werte und menschliche Politik ein – und ist somit auch zu Fragen der Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit aktiv. Insbesondere im letzten Jahr hat Ingold sich mit der Finanzierung des Land Grabbing durch öffentliche Gelder beschäftigt. In einem Postulat forderte sie den Bundesrat im November 2012 auf: „Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, wie er überwachen kann, dass die Entwicklungsbanken, die die Schweiz mit Steuergeldern unterstützt, keine agroindustriellen Großprojekte finanzieren, die mit Landkäufen die Lebensgrundlagen der einheimischen Landbevölkerung gefährden.“

Dieser Aufforderung kam der Bundesrat nicht nach. Seiner Auffassung nach sorgen Evaluations-, Überwachungs- und Offenlegungspflichten dafür, dass der Mitteleinsatz der Entwicklungsbanken nachverfolgt und überwacht werden kann. Zudem verfüge jede Entwicklungsbank über Ombudsstellen, bei denen sich betroffene Personen und Organisationen der Zivilgesellschaft direkt über Auswirkungen von Projekten oder Politikmaßnahmen beschweren können. Einen separaten Bericht vorzulegen, befand der Bundesrat deshalb nicht als notwendig. Eine ebenfalls Ende 2012 eingereichte Interpellation Ingolds – „Mehr Transparenz bei der Finanzierung von Entwicklungsprojekten“ – wurde dem Nationalrat als erstbehandelndem Rat zugestellt, die Diskussion steht aber noch aus.

| Interventionen auf europäischer Ebene

Die NGO GRAIN mit Sitz in Barcelona wehrte sich als erste und bis heute wichtigste Organisation gegen den Landraub. Für ihr Engagement wurde die kleine Organisation, die an vorderster Front mit Kleinbauernorganisationen zusammenarbeitet, 2011 mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet (siehe S. 16-17). Mit der Lancierung der Website www.farmlandgrab.org hat GRAIN eine Plattform geschaffen für Meldungen zu Land Grabbing weltweit und sich in ihren Publikationen unter anderem mit der Rolle der Weltbank auseinandergesetzt.

In Deutschland haben das katholische Hilfswerk Misereor und das evangelische Hilfswerk Brot für die Welt den politischen Entscheidungsträgern Handlungsansätze zur Ernährungssicherung aufgezeigt. Diese drehen sich um die Richtlinien der FAO, um die Förderung der standortgerechten, kleinbäuerlichen Landwirtschaft und den Schutz der Landnutzungsrechte.

Zusammen mit der Internationalen Menschenrechts-Organisation für das Recht, sich zu ernähren, FIAN (Deutschland) sowie Oxfam Deutschland und der Welthungerhilfe verfassten die beiden Hilfswerke in ihrem aktiven Kampf gegen Land Grabbing im April dieses Jahres ein Positionspapier. Dieses stellt

neben der von den G8-Ländern angestrebten verbesserten Transparenz bei Landinvestitionen zusätzlich die Menschenrechte, Pflichten der Staaten, Sorgfaltspflichten der Investoren, gute Regierungsführung, Konsultationen und legitime Landrechte ins Zentrum.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Deutschland positionierte sich Anfang 2012 zu „großflächigen Landkäufen und -pachten in Entwicklungsländern“: Die Risiken eines verantwortungslosen und spekulativen Land Grabbing müssten eingedämmt, die möglichen Chancen und Potenziale von entwicklungsorientierten Direktinvestitionen in Land und ländliche Entwicklung hingegen optimal genutzt werden.

In Österreich fokussiert sich FIAN Österreich auf die europäische Verantwortung und be-

tont, dass etwa 40 Prozent aller Fonds, die in Land investieren, in Europa ansässig seien. Die Organisation kritisiert zudem, dass die europäische Entwicklungszusammenarbeit Landinvestitionen gegenüber dem Schutz des Zugangs zu Land für die lokale Bevölkerung bevorzugt. Auch befeuert die europäische Agrotreibstoff-Politik (Biosprit) Land Grabbing. FIAN fordert die Staatengemeinschaft auf, Land Grabbing zu verhindern, da oft Agrarland in Ländern betroffen sei, in denen regional Nahrungsmittelknappheit oder Hunger herrsche. Das Menschenrecht auf Nahrung müsse über Pacht- oder Kaufverträgen stehen.

Die Großbritannien-Gruppe der europä- und weltweit stark gegen Land Grabbing engagierten NGO Oxfam schließlich startete vor Beginn des G8-Gipfels in Nordirland 2013 einen Versuch, das Thema bei den Mitgliedstaaten im Rahmen der IF-Kampagne

(Enough Food For Everyone) zu propagieren. Dies gelang insofern, als die G8-Staaten sich wie bereits erwähnt dazu bereit erklärt haben, die Transparenz von Landinvestitionen zu erhöhen und Partnerschaften mit Entwicklungsländern zu bilden, um Pacht- und Kaufverträge mit Land fairer zu gestalten. Zum ersten Mal wurde Land Grabbing zum Thema eines solch wichtigen Treffens der Wirtschaftsmächte; noch muss sich aber zeigen, wie ernst es den G8-Staaten mit der Eindämmung des Land Grabbing ist. | |



Nicolas Mattmüller hat Soziologie und Zeitgeschichte studiert und ist als Zivildienstleistender bei Brot für alle tätig.

Anzeige

WELT-SICHTEN

MAGAZIN FÜR GLOBALE ENTWICKLUNG UND ÖKUMENISCHE ZUSAMMENARBEIT

Das Magazin für alle, die mehr wissen wollen.

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Klimawandel und Umweltschutz
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen

WELT-SICHTEN analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bringt Reportagen, Berichte und Interviews über die Länder des Südens und über globale Fragen – jeden Monat direkt ins Haus.

Testen Sie uns!

Kostenloses Probe-Abo unter www.welt-sichten.org oder Telefon 069-58098-138



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 11-2013 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion: Pascale Schnyder und Nicolas Mattmüller (Brot für alle), Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Silke Jarick, Angelika Fritsch

Verantwortlich i.S.d.P.:
Pascale Schnyder (Brot für alle)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
D-60394 Frankfurt/Main
www.welt-sichten.org

Bestellung bei:
materialstelle@bfa-ppp.ch
mail@fastenopfer.ch



SPINAS CIVIL VOICES

Wir sehen Enteignungen von Kleinbauernfamilien für die Agrotreibstoff-Produktion.

«Sie kamen mit Bulldozern und Kettensägen. Sie zeigten uns ein Stück Papier und sagten, das Land gehöre ihnen, wir sollen verschwinden. Unsere Äcker sind jetzt in ihrer Hand.» Emmanuel Quinsou, Benin, Westafrika



BROT FÜR ALLE FASTENOPFER
In Zusammenarbeit mit «Partner sein»



PC 46-7694-0

Und handeln: sehen-und-handeln.ch